

**M/G**

**RATHAUS**

**Kontrollamt:  
Heftige Kritik an  
Prater-Masterplan**

*Schlampige Vertragsgestaltung, zu hohe Kosten.*

**WIEN** (g. b.). Das Wiener Kontrollamt lässt am Vertrag zur Erstellung eines Masterplans für den Wiener Wurstelprater kein gutes Haar. „Da wird massive Kritik an schlampiger Vertragsgestaltung und an den hohen Kosten für zu wenig Leistung geübt“, sagt Sabine Gretner, Planungssprecherin der Wiener Grünen, die die Kontrollamtsprüfung des Vertrages zwischen Wien-Marketing und der Firma Imaginvest des Franzosen Emanuel Mongon gefordert haben. Gretner verweist besonders auf die Unverhältnismäßigkeit der Ausgaben. „583.000 Euro wurden für reine Erstellungskosten des Masterplans verrechnet. Das ist doppelt so viel, was der Masterplan des Zentralbahnhofs oder der für das Flugfeld Aspern gekostet hat.“ Dazu seien noch hohe Spesen verrechnet worden; insgesamt erhielt Mongon über eine Million Euro.

VP-Mandatar Günter Kenesei kann über den neuesten Bericht des Kontrollamtes ebenfalls nur den Kopf schütteln. „Da gibt es heftige Kritik an der Vertragsgestaltung, besonders an der fehlenden Pönale, dem fehlenden Zeitplan und den hohen Personalkosten für Mongon. Das Einzige, das prompt funktionierte, war die Überweisung von 80 Prozent der Auftragssumme, ohne eine Gegenleistung bekommen zu haben.“ Kenesei wundert sich vor allem darüber, dass keine Zeitvorgaben gemacht wurden. „Seit Jahren wird an dem Masterplan gearbeitet; bis 2006 wurde nicht viel abgeliefert.“ Der VP-Kontrollexperte glaubt, dass der Vertrag auf politischen Druck von Vizebürgermeisterin Grete Laska (SP) abgeschlossen wurde.

**Kritik an der MA 7**

Ein weiterer Kontrollamtsbericht beschäftigt sich mit dem Fonds zur Förderung des öffentlichen Raumes, der in der MA 7 (Kultur) angesiedelt ist. Das Kontrollamt empfiehlt dort „Verbesserungen im Bereich der Organisation“ bei der Vergabe. So wurden etwa Förderungen noch vor Subventionsbeschluss ausbezahlt. Kritisiert wird auch, dass nicht nur Projekte, sondern auch Wettbewerbe gefördert wurden. Dies sei in den Statuten nicht vorgesehen.